Anleihe nehmen

Bürgermeister am Kapitalmarkt: Das hat oft verheerende Folgen. Im niederösterreichischen Guntramsdorf muss die neue Ortsregierung nun den Dilettantismus ihrer Vorgänger ausbaden.

Von Christina Hiptmayr

Wenn sich Robert Weber in seinem Eckbüro im dritten Stock ans Fenster stellt, blickt er direkt auf die Bahnsteige der Badner Bahn. Es ist kurz vor acht, an diesem trüben und bereits empfindlich kühlen Herbstmorgen. Unten herrscht das übliche Getümmel. Warm eingepackte Pendler warten auf ihre Zugverbindung nach Wien. Gut möglich, dass auch der eine oder andere SPÖ-Wähler darunter ist. Noch vor fünf Jahren, wäre – zumindest statistisch gesehen – mehr als jeder Zweite unter den Wartenden Stimmgeber für die Roten gewesen. Aber hätte sich das Wahlverhalten nicht geändert, wäre Robert Weber jetzt nicht hier. Ebensowenig wie Elisabeth Manz.

Das Führungsduo der niederösterreichischen Gemeinde Guntramsdorf wirkt bereits ganz gut eingespielt. Man nennt sich beim Vornamen, weiß wie der andere seinen Kaffee trinkt, und auch über die Bedeutung der visuellen Codes für die Politik scheint Einigkeit zu herrschen. Der SP-Bürgermeister trägt eine rote Krawatte, die NEOS-Vizebürgermeisterin eine pinke Bluse. Erst seit März dieses Jahres sind sie in ihren jeweiligen Funktionen tätig. Die beiden haben ein schweres Erbe angetreten.

Manz und Weber nehmen am Besprechungstisch Platz. Das Amtszimmer des Bürgermeisters ist zwar wohltemperiert und geräumig, für Repräsentationszwecke aber denkbar ungeeignet. Helles Holz, mit blauem Stoff bezogene Möbel. Dutzendware, die vor allem funktional und zweckmäßig sein soll. Der einzige Schmuck, ein Gemälde des 2003 verstorbenen Malers und engagierten Vertreters der Roma-Volksgruppe Karl Stojka, leuchtet in starken Rottönen. Die schmucklose Einrichtung – auch das ein Sinnbild. Denn die Gemeinde hat Schulden. Hohe Schulden.

Fast die Hälfte aller 2353 österreichischen Gemeinden schreibt rote Zahlen. Die Kommunen haben ein strukturelles Finanzierungsproblem: Sie können ihre Ausgaben nicht durch Einnahmen abdecken. Das muss nicht zwangsläufig Folge von Misswirtschaft sein. Die Gemeinden haben einen hohen Investitionsbedarf. Auf der einen Seite sind aber in der Vergangenheit einige kommunale Einnahme-

ROBERT WEBER
„Ich bin nicht beratungsresistent und scheue mich nicht, Fehler aus der Vergangenheit zuzugeben."

quellen wie Getränke- und Werbesteuer weggefallen, auf der anderen Seite bekamen sie immer mehr Aufgaben übertragen, ohne von Bund und Ländern dafür honoriert zu werden.

Dazu kommt: Etliche Gemeinden haben sich auf dem Feld der internationalen Finanzwelt versucht. Da trafen dann dilettierende Bürgermeister und Finanzreferenten auf ausgebuffte Banker. Und die vermeintlich sicheren und lukrativen Deals entpuppten sich allzu oft als desaströses Geschäft. Stichwort: Stadt Linz und Bawag.

Die Finanzierung von Kommunen ist für Banken und Finanzdienstleister ein riesiges Feld. Dabei bieten sie Geschäfte an, die häufig nicht unbedingt zum Vorteil der Gemeinden sind. Das Beispiel Guntramsdorf steht dafür exemplarisch.

Manz hatte in ihrem Wahlkampf einen neuen Stil, Transparenz und nicht zuletzt einen Kassasturz versprochen. In dem über Jahrzehnte von der SPÖ mit absoluter Mehrheit regierten Weinort waren die Verflechtungen zwischen der Gemeinde und ihren Gesellschaften kaum durchschaubar. Über die tatsächliche finanzielle Situation konnte die Opposition nur mutmaßen. Ein Phänomen, das überall zu beobachten ist. Das Lüften der Decken war für die NEOS Koalitionsbedingung.

Vor drei Wochen war es so weit. Das Ergebnis ernüchternd. Guntramsdorf sitzt auf Schulden in Höhe von knapp 73 Millionen Euro. Das hatten die von der Ortsregierung beauftragten Experten der Niederösterreichischen Gemeindeberatungs und Steuerberatungsgesmbh (NÖ GBG) errrechnet. Bei gerade einmal 8967 Einwohnern ein ordentlicher Batzen. „Darin sind sämtliche Verbindlichkeiten, Haftungen sowie alle Leasing- und langfristigen Mietverträge der Gemeinde und ihrer Gesellschaften enthalten", sagt Weber. „Die meisten Kommunen stellen das nicht dar. Wenn sie uns vergleichen wollen, müssen sich auch bei den anderen alles in einen Topf werfen." Ob der Bürgermeister sich auch ohne einen Koalitionspartner im Nacken der Transparenz verschrieben hätte? Manz lächelt milde und nimmt einen Schluck Kaffee. „Hätte die SPÖ nicht die absolute Mehrheit verloren, wäre ein anderer Bürgermeister", entgegnet Weber.

Möglicherweise bereut der routinierte Lokalpolitiker sein Engagement bereits. Denn spätestens ab 2017 hat Guntramsdorf ein massives Problem. Dann droht ein jährlicher Fehlbetrag von 860.000 Euro, wie aus dem Finanzbericht der NÖ GBG hervorgeht. Das heißt, die liquiden Mittel der Gemeinde werden nicht reichen, um die laufenden Zahlungen für den Schuldendienst zu leisten. Das Fatale: Erst im Vorjahr hat die gemeindeeigene Liegenschaftsgesellschaft (MGBL KG) eine Anleihe mit einem Volumen von 30,5 Millionen Euro und einer Laufzeit von 30 Jahren begeben. Die jährlichen Aufwendungen für die Schuldverschreibung betragen rund 1,7 Millionen Euro. Ohne deutliche Steigerung der Einnahmen oder rigorose Sparmaßnahmen wird das nicht zu stemmen sein. Besichert ist die Anleihe durch Haftungen der Gemeinde und ein gutes Dutzend gemeindeeigener Immoblien.

Ersonnen hat dieses in Österreich einmalige Konstrukt Friedrich Scheck. Der Wiener Wirtschaftstreuhänder ist eine schillernde Figur. Einst Vorstand der conwert-Tochter Eco Business Immobilien unterstützt er nun mit seiner – gemeinsam mit der Wiener Privatbank (an der wiederum conwert-Gründer Günter Kerbler beteiligt ist) gegründeten – WT 80 Realwerte GmbH Gemeinden in Finanzierungsfragen. In den vergangenen Jahren tingelte Scheck durch die Kommunen, um sein Modell vorzustellen, und landete auch bei Webers Vorvorgänger. „Ich halte die Berechnungen zur Finanzierungslücke für nicht objektiv. Die Gemeinde musste damals alle Zahlen offenlegen. Wenn es nur den leisesten Zweifel gegeben hätte, dass Guntramsdorf das nicht stemmen kann, wäre eine Platzierung der Anleihe nicht möglich gewesen", erklärt Scheck. Für die Zeichner (institutionelle Investoren) wäre es eine Katastrophe, wenn sie ihren 3,9-Prozent-Kupon nicht bekämen. Deshalb sei die Gemeinde auch genauestens geprüft worden.

Doch im Fall der Fälle greift die Besicherung. „Wenn wir die Anleihe nicht bedienen, hat der Gläubiger die Möglichkeit, die Grundstücke zu veräußern", sagt Weber. Scheck dagegen wiegelt ab: „Institutionellen Investoren ist primär wichtig, dass die Bedienung aus dem laufenden Überschuss des Gemeindehaushaltes gewährleistet werden kann. Die Besicherung stellt sicher, dass gemeindeeigenes Vermögen in der Gemeinde verbleibt und nicht für andere wirtschaftliche Zwecke veräußert wird." Man kann aber getrost davon ausgehen, dass die Gläubiger alle Hebel in Bewegung setzen würden, um an ihr Geld zu kommen. Wird die Anleihe vor Ablauf fällig gestellt, wird es noch teurer. Aktuell steht ihr Kurs bei 110 Euro. Ein dem Papier zugrunde liegender Zinsswap wirkt sich unvorteilhaft (für die Gemeinde versteht sich) auf den Preis aus.

Für die Opposition naturgemäß ein gefundenes Fressen. Die Ortsregierung sei gescheitert, tönen Schwarze wie Blaue. Dass mit dem Erlös der Anleihe unbesicherte Kredite mit deutlich günstigeren Zinssätzen getilgt wurden, macht das Bild nicht besser. „2012, als die Konditionen fixiert wurden, war eine Verzinsung von 3,9 Prozent durchaus attraktiv. Damals hat niemand geglaubt, dass die Zinsen jahrelang bei null stehen bleiben würden", verteidigt Manz ihre Vorgänger. Es gelingt ihr aber nicht, das deutliche Unbehagen über dieses Modell aus dem Gesicht zu tilgen. Zumal der Effektivzinssatz für die Gemeinde zwischen 4,4 und 4,7 Prozent liegt.

„Wir werden mit WT 80 Gespräche führen, inwieweit hier alles in Stein gemeisselt ist", sagt Weber. Er habe damals als Vizebürgermeister, wiewohl für andere Bereiche zuständig, im Gemeinderat mitgestimmt. „Aber ich bin nicht beratungsresistent und scheue mich nicht davor, Fehler aus der Vergangenheit zuzugeben."

Vorerst hofft man auf steigende Einnahmen. Für eine Zuzugsgemeinde nahe Wien nicht ganz unberechtigt. Straßenbauprojekte wurden bereits auf Eis gelegt. Denn eines ist klar: Guntramsdorf muss den Speckgürtel enger schnallen. ■